

Editorial erster Mitgliederbrief 2023

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Europa-Union!

Ich freue mich, Ihnen den ersten Mitgliederbrief für das neue Jahr anzukündigen. Diesmal versuchen wir, einige Höhepunkte von 2022 Revue passieren zu lassen. Dazu gehören die hochkarätigen Veranstaltungen mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Harbarth, und der Europa-Staatssekretärin Dr. Lührmann: nicht ganz ohne Stolz behaupte ich jetzt einfach mal, dass es stimmt, was ich auf einer Veranstaltung so en passant gehört habe: Die Europa-Union, Verband Brüssel, steht für Qualität!

Dazu kommen Einblicke über unser internes Verbandsleben (u.a. Herbstfest und Bundeskongress) sowie 10 Fragen an Isolde Fastner, ein aktives Mitglied in unserem Vorstand.

Natürlich lassen uns auch die großen Themen nicht los: daher zwei lesenswerte Beiträge zur Praxis des humanitären Engagements der EU in der Ukraine und eine Einschätzung der „geopolitischen Gemeinschaft“.

Ich hoffe, dass Sie Spaß am Lesen haben – und falls Sie einen guten Einfall haben, was wir im Angebot noch verbessern können: Teilen Sie uns Ihre Ideen bitte einfach mit - die Zeit für gute Vorsätze für 2023 ist noch nicht ganz vorbei!

Herzlichen Gruß

Ihr

Prof. Dr. **Frank Hoffmeister**

*Vorsitzender der Europa-Union Deutschland,
Verband Brüssel*

Ukraine - Europäische Initiativen im Bereich des Zivilschutzes und der humanitären Hilfe

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, hat sich der Ehrenvorsitzende der EUD Brüssel und Generaldirektor a.i. der GD Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (ECHO), Michael Köhler, bereit erklärt, "aus dem Maschinenraum" seiner Generaldirektion über die jüngsten europäischen Initiativen im Bereich des Zivilschutzes und der humanitären Hilfe zu berichten:

Michael Köhler bemerkt zu Beginn, dass der Krieg in der Ukraine momentan das bestimmende Thema sei, da er mit seinen geopolitischen und wirtschaftlichen Konsequenzen - und insbesondere durch die weltweite Verschlechterung der Ernährungssituation - massive Auswirkungen auf die multilaterale Ordnung hat. Es steht nun auf internationaler Bühne wieder die Frage im Raum "auf welcher Seite man stehe" - wie zuletzt in den siebziger Jahren, als westliche Staaten bestrebt waren über ihre Entwicklungspolitik Stimmen in der UN-Generalversammlung zu gewinnen.

Mit Blick auf konkrete Hilfen der EU im Zusammenhang mit der Bewältigung des Krieges, weist Michael Köhler darauf hin, dass diese nicht nur die Ukraine selbst betreffen, sondern ebenso das Nachbarland, die Republik Moldau, sowie die baltischen Staaten. Die Einschätzung der Situation und der damit verbundenen Bedarfe ist dabei nicht nur reaktiv, sondern muss ebenso antizipieren und Vorsorge für mögliche weitere Eskalationsstufen des Krieges treffen. Was benötigt man zur Evakuierung von Kiew? Wo können 3 Millionen zusätzliche Flüchtlinge untergebracht werden? Wie kann in den betroffenen Nachbarländern bzw. Aufnahmeländern die Versorgung mit Energie und Trinkwasser sichergestellt werden? Welche Zivilschutzmaßnahmen sind erforderlich bei einem Angriff auf die baltischen Staaten? Diesen und anderen Fragen stellt sich die GD ECHO seit Kriegsbeginn, und trifft

entsprechende Vorbereitungen im Bereich des Zivilschutzes und der humanitären Hilfe.

Laut Michael Köhler sind die beiden Bereiche im Laufe der Zeit zusammengewachsen, unterliegen aber unterschiedlichen Kriterien und schöpfen ihre Mittel aus verschiedenen Budgets. Humanitäre Hilfe wird dabei ohne Ansehen der Person und ausschließlich nach Bedürftigkeit durch humanitäre Partnerorganisationen umgesetzt. Beim Zivilschutz, der eine nationale Kompetenz der Mitgliedstaaten darstellt, wird die Kommission zunehmend im grenzüberschreitenden Bereich aktiv und gewährt Hilfe z.B. bei Waldbränden und Flutkatastrophen. Das grenzüberschreitende Echtzeit-System der GD ECHO kommt dabei heute mehrheitlich außerhalb der EU zum Einsatz (wie z.B. in der Ukraine), aber auch innerhalb der EU lassen sich Beispiele benennen: so kamen italienische Löschflugzeuge in diesem Jahr im deutschen Harz zum Einsatz. Über eine Echtzeit-Anfrage Deutschlands an die GD ECHO kam so eine Finanzierung des Einsatzes und Bereitstellung durch die EU zustande (GD ECHO finanziert Flugzeuge und technische Geräte bis zu 100%, diese müssen dann dem EU-Zivilschutzmechanismus Verfügung gestellt werden).

Ein aktuell gemeldeter Bedarf der Ukraine ist beispielsweise die Lieferung von Hunderten von Generatoren zur Stromerzeugung, die z.B. der Stromversorgung von Krankenhäusern dienen. Allerdings ist der Markt dafür leer und es wird zunehmend schwierig derartige Güter zu beschaffen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch vermehrt die Frage, inwiefern nationale Reserven für die Unterstützung der Ukraine aufgelöst werden können, oder ob diese weiterhin für die nationalen Bedarfe vorgehalten werden sollen. Finanzielle Unterstützung leistet die Kommission momentan über makrofinanzielle Hilfen, z.B. über Kredite zur Bezahlung öffentlicher Gehälter (18 Mrd. Euro), und nichtrückzahlbare Budgethilfen. In die meisten Maßnahmen sind mehrere Generaldirektionen involviert und es wird versucht über eine Mischung aus Infrastrukturmaßnahmen und vereinfachten Verfahren schnelle Abhilfe zu schaffen.

Seit dem russischen Einmarsch werden Zivilschutzmaßnahmen und humanitäre Hilfe gemeinsam in der Ukraine eingesetzt und der Bedarf in beiden Bereichen ist enorm: Schätzungen der UN zufolge benötigen bis Ende des Jahres 17,7 Mio. Menschen (von 44 Mio.) humanitäre Hilfe in Form von winterfesten Unterkünften (die meisten der ca. 6,5 Mio. Binnenflüchtlinge sind Frauen und Kinder), Nahrungsmitteln, Beschulungs- und Betreuungsmöglichkeiten, Gesundheitsschutzmaßnahmen, der Bereitstellung von Trinkwasser, sowie Maßnahmen zum Schutz vor Ausnutzung (z.B. Zwangsprostitution und Menschenhandel). Man kann dabei von Glück reden, dass im Falle der Ukraine fortwährend Gelder zu über 60% des Bedarfs bereitgestellt werden - dies sei bei anderen Krisen nicht der Fall.

Blickt man auf die Ausgaben der GD ECHO/EU in der Ukraine, so lässt sich folgendes Bild zeichnen: vor Beginn des Krieges beliefen sich die Ausgaben auf 25 Mio./Jahr (Budget GD ECHO für humanitäre Hilfe: 2,6 Mrd.); Stand jetzt fließen allein aus dem EU-Haushalt 500 Mio. an humanitärer Hilfe an die Ukraine und 35 Mio. an die Republik Moldau als Transitland. Mit diesen Geldern wird eine große Reihe an Projekten finanziert, darunter vor allem Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung, zur "winterisation" der Unterkünfte (z.B. durch den Bau winterfester Container in Schweden und Rumänien) und zur Unterstützung des Erziehungswesens (100 Mio. Euro, davon ein Drittel aus dem Haushalt der GD ECHO). Teil letzterer ist auch die Sammlung von Schulbussen in der EU, um die Beschulung von Kindern in abgelegeneren Gegenden zu gewährleisten. Im Gegensatz zu humanitärer Hilfe, erfolgen Zivilschutzhilfen nicht über Partnerorganisationen, sondern werden direkt von der Kommission koordiniert und mit Hilfe staatlicher Agenturen umgesetzt. Dabei nutzt die Ukraine ein gut funktionierendes Zivilschutzverwaltungssystem, über welches sie ihre Anforderungen für alle möglichen Güter koordiniert. Diese Güter werden von der Kommission geliefert, sobald sie verfügbar sind. Die bisher von EU-Mitgliedstaaten gelieferten Sachspenden ("in kind aid"-Mittel) belaufen sich auf einen Gegenwert von knapp einer halben Milliarde Euro, womit die bisherigen Gesamtleistungen der EU allein für

Humanitäres und Zivilschutz sich auf etwa eine Milliarde summieren. Dies war alles möglich ohne einen gleichzeitigen Mittelabzug aus anderen Regionen, durch die Mobilisierung zusätzlicher Haushaltsreserven. Leider sehe sich die EU dennoch häufig mit dem Vorwurf konfrontiert sich nur "um den eigenen Hinterhof zu kümmern".

Mit Blick auf die künftigen Herausforderungen erklärt Michael Köhler, dass nicht nur die Bereitstellung von Gütern und Infrastruktur, sondern insbesondere auch die notwendige Logistik dafür im Mittelpunkt steht. In Polen habe man bereits große EU-Logistikzentren geschaffen, von denen aus private wie öffentliche Spenden in die Ukraine und in die Republik Moldau weiterverteilt werden. Diese EU-Zentren können auch von anderen Staaten und dem Privatsektor genutzt werden, bzw. können Projekte anderer Staaten über die Kommission koordiniert werden. So werden beispielsweise die Energieprojekte der G7 über die GD ECHO koordiniert. Insofern hat sich die Krise aus einer Kooperationsperspektive zwischen der EU und anderen Staaten oder Gremien wie der NATO, als Katalysator erwiesen. Die größte Herausforderung stellt laut Michael Köhler die bisher von der Politik unterschätzte Langfristigkeit der Krise dar: es muss davon ausgegangen werden, dass humanitäre Hilfe und Aufbauhilfen selbst nach Ende des bewaffneten Konflikts noch lange benötigt werden. Die Lager sind aber bereits jetzt für viele Güter leer und die notwendige Nachproduktion braucht Zeit – bei gleichzeitig steigenden Marktpreisen. Hinzu kommt bei einigen schwer zerlegbaren Gütern (z.B. Transformatoren) ein Transportproblem. Man stehe somit weniger vor einem Finanzierungsproblem als vor einem Problem des Materialbedarfs.

Das Gespräch wurde von unserem Vorstandsmitglied Teresa Geyer protokolliert

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zu Besuch bei der Europa-Union Brüssel

Von Reinhard Boest



Mit einem besonderen Highlight hat in dieser Woche die EU-Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgewartet: zusammen mit dem Ortsverband Brüssel der überparteilichen Europa-Union Deutschlands (EUD) war es gelungen, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, für eine Vortragsveranstaltung in Brüssel zu gewinnen. Das Interesse war dementsprechend groß: fast 200 Teilnehmer sind für eine Veranstaltung der EUD eher die Ausnahme. Der Titel „Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem“ mutet trocken an; es zeigte sich jedoch, dass das Thema nicht nur für Europa- und Verfassungsrechtsspezialisten ein Leckerbissen, sondern auch für Nichtjuristen spannend und politisch durchaus aktuell war.

In ihrer Begrüßung zeigte sich Jacqueline Bernhardt, Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Gastgeberin, zunächst zufrieden, dass eine Veranstaltung dieses Kalibers einmal nicht in einer der „großen“ Landesvertretungen stattfindet. Sie wies darauf hin, dass Mecklenburg-Vorpommern seit seiner (Wieder-)Gründung im Jahr 1990 durch seine zentrale Lage im Ostseeraum auf gute Beziehungen zu seinen vielen Nachbarn baue. Man sei sich der Bedeutung der europäischen Integration für diese Zusammenarbeit bewusst; beides sei in der Landesverfassung verankert.

Angesichts der Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten komme es darauf an, dass die EU

Garant für Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bleibe.

Präsident Harbarth zeichnete in seinem Vortrag die Entwicklung des Rechtsprechung des Gerichts zum Grundrechtsschutz auf der nationalen und der europäischen Ebene nach. Dabei ging es im Kern auch immer um die Frage, ob europäisches Recht dem nationalen Recht vorgeht. Wegen des hohen Rangs, der den Grundrechten im deutschen Verfassungsrecht zukomme, habe sich das Bundesverfassungsgericht anfangs sehr schwer getan, weil es ein vergleichbares Schutzniveau auf der europäischen Ebene verneinte.

Seit der ersten, sehr kritischen Entscheidung aus dem Jahr 1974 (bei Insidern bekannt als „Solange I“) habe sich allerdings der Grundrechtsschutz auf der europäischen Ebene fortentwickelt, sowohl durch eine sehr detaillierte Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in grundrechtsrelevanten Bereichen (etwa Datenschutz, Justiz, Migration) als auch durch die Entwicklung der EU-Verträge, insbesondere die Charta der Grundrechte von 2009. Harbarth zeichnete die jüngste Entwicklung anhand einiger beispielhafter Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nach („Recht auf Vergessen“ – 2019, „Europäischer Haftbefehl III“ – 2020, „Ökotox“ – 2021). Im Bereich des Grundrechtsschutzes gebe es heute den oft befürchteten (oder herbeigeschriebenen) Konflikt zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof nicht (mehr), vielmehr ergänzten sich europäische und nationale Gerichte bei der Gewährleistung eines effektiven Schutzes der europäisch und national gewährleisteten Grundrechte. Zu einem gemeinsamen Verständnis habe auch der seit langem etablierte Dialog der Verfassungsgerichte mit dem Europäischen Gerichtshof beigetragen. Im Rahmen der „Integrationsverantwortung“, die auch für die Gerichte gelte, sei die Kontrolle der Einhaltung der europarechtlich gewährleisteten Grundrechte auch Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts. Stelle sich hierbei die Frage der Auslegung, werde sicher irgendwann auch der für die Grundrechte zuständige Erste Senat eine Vorlage zum Europäischen Gerichtshof machen.

Zum Abschluss ging Harbarth kurz auf die widersprüchlichen Urteile aus **Karlsruhe** und **Luxemburg** zum Anleihekaufprogramm PSPP der Europäischen Zentralbank ein. Mit einem Augenzwinkern bemerkte er, dass die Teilnehmer das wohl erwarteten, auch wenn es nicht zum Thema des Vortrags gehöre. Er verteidigte die Befugnis des Bundesverfassungsgerichts, die Einhaltung der Grenzen zu prüfen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der Übertragung

von Befugnissen gesetzt habe („ultra vires“). Auch wenn er am Ende offenließ, wie der bestehende Widerspruch in diesem konkreten Fall aufgelöst werden kann, unterstrich er, dass innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der EU das europäische Recht Vorrang habe, auch vor nationalem Verfassungsrecht. Er widersprach damit ausdrücklich der Position etwa des polnischen Verfassungsgerichts, das generell einen Vorrang der nationalen Verfassung postuliert. Es könne sich dabei gerade nicht auf die PSPP-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berufen. Umgekehrt könne es für das Gericht kein Kriterium sein, ob eine Entscheidung von anderen „missbraucht“ werde.

In dem anschließenden Podiumsgespräch, moderiert vom Vorsitzenden der EUD Brüssel, Frank Hoffmeister, beleuchtete Mattias Wendel, Professor für Öffentliches und Europarecht an der Universität Leipzig, die Thematik aus wissenschaftlicher Sicht. Der Grundrechtsschutz in der EU habe in den knapp fünfzig Jahren seit der „Solange I“-Entscheidung eine enorme Entwicklung genommen. Daher sei es zu begrüßen, dass heute auch das Bundesverfassungsgericht die Gleichwertigkeit anerkenne und seine Aufgabe auch im Schutz der durch das Gemeinschaftsrecht gewährleisteten Grundrechte gegenüber der deutschen Staatsgewalt sehe. Die Berufung auf die „Identität der Verfassung“ (Elemente, die nach Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes einer Verfassungsänderung entzogen sind) sei jedenfalls für die Grundrechte derzeit nicht relevant. Die „Ewigkeitsgarantie“ für Menschenwürde, Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie den Föderalismus sei eine Reaktion des deutschen Verfassungsgebers auf die Nazi-Herrschaft gewesen, sollte aber nicht als unüberwindliches Hindernis für die europäische Integration verstanden werden (zumal es das in kaum einem anderen Mitgliedstaat gebe). Bei eventuellen Konflikten (wie im Fall PSPP) plädierte er für Deeskalation und einen noch intensiveren Dialog zwischen den Gerichten. Sowohl Wendel als auch Harbarth sehen das Schutzniveau in der EU auf einem hohen Niveau. Daran ändere zunächst auch die Tatsache nichts, dass aktuell in einigen Mitgliedstaaten Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teilweise in Frage gestellt würden. Man müsse aber aufpassen, dass Mindeststandards nicht in größerem Ausmaß „ins Rutschen“ kämen; dann seien Konflikte kaum zu vermeiden.

Dieser Artikel erschien auch bei belgieninfo.net (<https://www.belgieninfo.net/der-praesident-des-bundesverfassungsgericht>)

The European Political Community (EPC)

Von Hervé Delphin (Europäischer Auswärtiger Dienst)

The first summit of the European Political Community (EPC) took place in Prague on 6 October 2022, on the margins of an informal European Council meeting, and against the backdrop of Russian aggression against Ukraine.

French President E. Macron had launched the idea on 9 May. It was later supported by European Council President Ch. Michel and European Commission President U. von der Leyen in her State of the Union 2022 address. EU-27 leaders agreed during the European Council meeting in June 2022 to inaugurate the EPC with the aim of bringing together countries on the European continent to foster their cooperation on issues of common interest, revolving around peace and security, the economic situation, energy and climate, and migration and mobility. They stressed that such a framework will not replace existing EU policies and instruments, notably enlargement, and will fully respect the European Union's decision-making autonomy.

In Prague, 44 heads of states or governments (27 EU Member States, 6 Western Balkans, Ukraine (President Zelenskyy in VTC and Prime Minister Shmyhal physically), Moldova, Georgia, Armenia, Azerbaijan, Switzerland, Norway, Iceland, Liechtenstein, United Kingdom and Turkey) and EU institutions leaders were brought together on an equal footing to foster political dialogue and cooperation on issues of stability, security and prosperity. They agreed that the next meeting will take place in 6-month time in Moldova (an EU candidate state), in one year in Spain (EU Presidency then) and in 1,5-year in the UK (a non-EU state). The non-institutionalised format of the EPC, with light structure, little scripted agenda and free high level and confidential exchanges, no negotiated final outcome document, and with significant time

availed for side-meetings and bilaterals, helped to attract and generate interest from the participants.

The think tank and academia community, as well as media assessed the Prague EPC summit largely positively, as a transnational pan-European platform of cooperation at times when other channels remain obstructed. They noted a strong united signal of continental condemnation directed at Russia and Belarus. It has also been a powerful message to the rest of the world about Europe's sincerity in facing and addressing consequences of the Russia's war, such as regarding economic security and energy resilience, and rules-based multilateral order as enshrined in the UN Charter. Among other outcomes, of particular notice is a quadrilateral meeting between Azerbaijani President I. Aliyev, Armenian Prime Minister N. Pashinyan, President Macron and President Michel, which led to an agreement to establish a civilian EU mission in Armenia alongside the border with Azerbaijan.

The next EPC summit is planned for 1st June 2023 in Chişinău, Moldova, with the participation of 47 states and 3 EU institutions leaders. A further EPC Summit is planned for the second semester of 2023 and will be hosted by Spain, which will hold the rotating presidency of the EU in that period.

As High Representative/Vice President of the Commission, J. Borrell commented on his blog: "While many aspects remain to be clarified, for me at least a few things are clear: [t]he EPC can be no alternative to EU enlargement" and "[i]t must add value to existing institutions and formats, like the OSCE, Council of Europe and EU frameworks like the Eastern Partnership"; and "[i]n all the areas that leaders will discuss (security, energy/climate, migration), there could be concrete projects to undertake, to boost resilience across the continent."

Veranstaltungsbericht: Herbstfest der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament

„Gemeinsam die Zukunft Europas gestalten“

Von Benjamin Feyen (Der Autor ist Beisitzer im Vorstand der EUD)



Unsere Europa-Union Brüssel war mit zahlreichen Mitgliedern vertreten beim Herbstfest der EUD-Parlamentariergruppe des Europäischen Parlaments, das am 25. Oktober in der Landesvertretung Baden-Württembergs stattfand. Highlights der Abendveranstaltung waren die Reden der Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager und des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe, Niklas Nienaaß MdEP.

Nienaaß betonte in seiner Eröffnungsrede die große Bedeutung der Europäischen Union, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller Krisen wie dem Krieg in der Ukraine, steigender Energiepreise und populistischer Angriffe auf unsere Demokratie: „Gemeinsam müssen wir uns die Frage stellen, wie Europa mehr als nur eine Idee sein kann — sondern wesentlicher Teil der Lösung für unsere Probleme und Herausforderungen“, so der Vorsitzende der Parlamentariergruppe, der das enorme Potenzial der Europa-Union hervorhob, diese Entwicklung aktiv mitzugestalten.

Die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas müssten unbedingt umgesetzt werden, zeigte Nienaaß sich überzeugt: „Wenn wir schon inmitten der Krisen die Bürgerinnen und Bürger Europas um ihre Wünsche und Visionen befragen, dann müssen dem auch klare Konsequenzen folgen.“ Eine dieser Konsequenzen müsse ein Konvent zur Änderung der EU-Verträge sein — jedoch explizit als Beginn weiterer Diskussionen, nicht als deren Ende. „Wichtig ist der Austausch aller

Akteure miteinander, und damit wollen wir heute beginnen“, rief Nienaaß alle Anwesenden auf, diese Themen in persönlichen Gesprächen im Laufe des Abends weiter zu vertiefen.

Passend hierzu waren neben den zahlreichen Mitgliedern der gastgebenden EUD-Parlamentariergruppe des Europäischen Parlaments — darunter auch EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP und UEF-Vizepräsident Markus Ferber MdEP — auch mehrere Abgeordnete des Deutschen Bundestags anwesend, die der dortigen EUD-Parlamentariergruppe angehören. Außerdem waren aus Berlin EUD-Generalsekretär Christian Moos und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle angereist.

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und zuständig für Europa im digitalen Zeitalter, erinnerte daran, dass die große Stärke der EU ihr Zusammenhalt sei. Dies haben sich in den aktuellen Krisen mehrfach bewährt — etwa hinsichtlich der Impfstrategie in der Pandemie, beim Post-COVID-Aufbauplan NextGenerationEU und im Kontext des russischen Krieges in der Ukraine.

Vizepräsidentin Vestager betonte, wie wichtig es gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen sei, dass die EU weiterhin geschlossen auftrete, sich die Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützten und man nach außen hin mit einer gemeinsamen Stimme spreche. „Margrethe Vestager hat in ihrer Rede auf den Punkt gebracht, worum es in Europa heute geht“, zeigte sich Niklas Nienaaß beeindruckt.

Beim anschließenden Empfang hatten die Mitglieder der Europa-Union aus Brüssel und Berlin ausreichend Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende auszubauen. Aus Sicht des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe hat sich die Veranstaltung gelohnt: „Unser Herbstfest war eine wunderbare Gelegenheit, die Mitglieder unserer Parlamentariergruppe und viele Gäste aus der Europa-Union zusammenzubringen“, so Niklas Nienaaß.

Europaunion Brüssel im Gespräch mit Staatsministerin Dr. Anna Lührmann, MdB

„Deutsche Europapolitik in der Krise“

Von Isolde Fastner (Die Autorin ist Beisitzerin im Vorstand der EUD)



Ein schöner Jahresabschluss für die Europaunion Brüssel und ihre Mitglieder war die letzte Veranstaltung vor der Weihnachtspause. Am 12. Dezember 2022 traf sich unsere stellvertretende Vorsitzende Ilka Wölflé, LL.M. mit Frau Staatsministerin des Auswärtigen Amtes Dr. Anna Lührmann, MdB, in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union, um über die aktuelle deutsche Europapolitik in der Krise zu sprechen. Schon im Vorfeld konnten wir gemeinsam mit unserem Veranstaltungspartner zahlreiche Interessierte für das Event aufgrund der hochrangigen Politprominenz gewinnen. Insgesamt lauschten rund 240 Gäste der angenehmen und informativen Diskussion in der Landesvertretung Hessens in der EU, darunter auch viele Mitglieder der Europaunion. Der hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker merkte in seinen Begrüßungsworten an, dass Deutschland und Europa aktuell vor großen Herausforderungen stehen, diese aber nur gemeinsam zu lösen wären.

In der anschließenden Gesprächsrunde zwischen der Staatsministerin und der stellvertretenden Vorsitzenden Ilka Wölflé reichte der thematische Bogen von der Diskussion zu den Verstößen Ungarns gegen die

Rechtsstaatlichkeit, die Konferenz zur Zukunft Europas, die aktuellen Korruptionsvorwürfe im Europäischen Parlament und die kommenden Europawahlen 2024.

Frau Staatsministerin Dr. Lührmann zeigte sich als sehr offen in ihren Antworten und sie konnte den Bauchladen an europapolitischen Baustellen gut skizzieren und zeichnete trotz schwierigen Herausforderungen ein durchaus optimistisches Bild von der Europäischen Union. Sie betonte, dass Europa Krisen bewältigen und auch meistern kann. Auf die Frage wie sie das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sehe antwortete sie verschmitzt mit einem „trés bien“. Die mediale Darstellung sei nicht immer die Realität.

Frau Staatsministerin Dr. Lührmann gewährte uns einen interessanten Einblick in die aktuellen europapolitischen Vorgänge aus deutscher Sicht. Sie verkörperte durch ihre Antworten eine wahre Leidenschaft zu Europa. Es war eine Freude zu sehen mit viel Europabegeisterung, Engagement und Sympathie sie unsere Veranstaltung aufgewertet hat. Wir freuen uns auf die nächste Veranstaltung mit ihr.

Im Anschluss der Veranstaltung wurden die Gäste kulinarisch von der Landesvertretung Hessens bestens versorgt. Dafür auch ein herzliches Dankeschön an den Leiter der hessischen Landesvertretung Friedrich von Heusinger.

Die Europa-Union Brüssel beim 65. EUD-Bundeskongress in Augsburg am 8. und 9. Oktober 2022

Von Julia Preiß (Die Autorin ist Beisitzerin im Vorstand der EUD)

„Raus aus der Krise – nur mit Europa!“ – unter diesem Motto fand vom 8. bis zum 9. Oktober 2022 zum 65. Mal der Bundeskongress der überparteilichen Europa-Union e.V. statt. Unter den ca. 200 Delegierten und Gästen hatte auch der Auslandsverband der EUD in Brüssel nach dreijähriger pandemiebedingter Pause wieder die Möglichkeit, zwei Delegierte in Präsenz zum jährlich stattfindenden Bundeskongress zu entsenden und so an der ideellen und politischen Ausrichtung der überparteilichen Europa-Union e.V. mitzuwirken. Da Teresa Geyer (Schriftführerin im Vorstand) ihre Teilnahme krankheitsbedingt kurzfristig absagen musste, fuhr Julia Preiß (Beisitzerin im Vorstand) als alleinige Vertreterin des Brüsseler Auslandsverbands nach Augsburg.

Getreu dem Motto des Bundeskongresses stand nicht nur das inhaltliche Beschlussprogramm, sondern auch das diesjährige von der EUD-Augsburg und dem EUD-Landesverband Bayern organisierte Rahmenprogramm in der Fuggerstadt ganz im Zeichen der Solidarität mit der Ukraine. So hatten die Augsburgerinnen und Augsburger die Möglichkeit, am Freitagnachmittag im Rahmen der öffentlichen Diskussionsveranstaltung „Europa-Visionäre“ mit hochkarätigen Gästen, darunter Kulturstaatsministerin Claudia Roth, Gabriele Bischoff MdEP, Markus Ferber MdEP sowie Prof. Dr. Christoph Weller, Friedens- und Konfliktforscher an der Uni Augsburg, über aktuelle europapolitische Themen und noch nötige Meilensteine der Europäischen Einigung zu diskutieren. Im Rahmen einer Lichteraktion für die Ukraine, die am Samstagabend auf dem Rathausplatz in Kooperation mit dem Integrationsbeirat der Stadt Augsburg stattfand, wurde in Gedenken an die Opfer des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ein Zeichen für Frieden, Demokratie und die Wahrung des internationalen Rechts gesetzt.

Das Kongressmotto bestimmte sodann auch den öffentlichen Auftakt des zweitägigen Bundeskongresses in der IHK Schwaben. "Zum Frieden braucht es zwei, zum Krieg reicht einer", betonte EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP in seiner Eröffnungsrede und verwies auf die allgegenwärtige Gefahr des Populismus in Europa und die Notwendigkeit, den Rechtsstaat in Europa weiter und nachhaltig zu stärken. Die Arbeit der EUD-Landes- und Kreisverbände stelle dabei ein wesentliches Element dar, um die „europäische Idee, die gerade in trüben Zeiten stärker und heller strahlt, weiter zu verbreiten und in die politische Debatte einzubringen.“ Das von EUD-Präsident Wieland angekündigte föderalistische Manifest solle dabei wesentlicher Impulsgeber für die kommenden Europawahlen sein. Dr. Andreas Kopton, Präsident der IHK Schwaben und Gastgeber des 65. Bundeskongresses, betonte in seiner Ansprache die Relevanz eines geeinten Europas, um den globalen Herausforderungen unserer Zeit mit einer Stimme zu begegnen. Vor dem Hintergrund aktueller Krisen unterstrich Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Videobotschaft an die Kongressteilnehmer, wie wichtig Solidarität und Zusammenhalt für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Europäische Union sind.

Ein besonderer Höhepunkt des diesjährigen Bundeskongresses war sicherlich die Diskussionsveranstaltung zu einem möglichen EU-Beitritt der Ukraine. So appellierten Anton Hofreiter MdB, Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag und Ljudmyla Melnyk vom Institut für Europäische Politik in Berlin unter der Moderation von Julian Plottka, wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Bonn und Passau, an die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU und die Notwendigkeit, die Ukraine auch durch Panzerlieferungen zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahrs der Jugend forderte JEF-Vorsitzende, Clara Föller, in Ihrem Grußwort eine zukünftig stärkere Einbeziehung der Interessen der jungen Generation, was „gerade auch für einen nachhaltigen Frieden“ in Europa entscheidend sei.

So einigte sich der Bundeskongress abschließend auf einen Beschluss zur verstärkten Jugendbeteiligung und -förderung, der u.a. die Einrichtung einer europäischen Agentur für politische Bildung vorsieht.

EUD-Generalsekretär, Christian Moos, nutzte die Anwesenheit der Delegierten, um über die Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas zu berichten, bei der sowohl JEF als auch EUD wesentliche Kernanliegen, wie beispielsweise die in der #NoVeto-Kampagne geforderte Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU, durchsetzen konnten. Im Beschluss des Bundeskongresses „Weckruf für Europa – wir brauchen eine starke und handlungsfähige Europäische Union!“ nimmt der Verband die Ergebnisse der Zukunftskonferenz auf und fordert die EU-Organe auf, jene Forderungen zu prüfen und dringende Reformen der EU-Institutionen umzusetzen.

Die in vielen Redebeiträgen geäußerten Appelle hin zu einer geeigneteren Europäischen Union mit verstärkter Autonomie fanden schließlich Ausdruck im Beschluss des Bundeskongresses zur europäischen Verteidigungspolitik, der u.a. die Umsetzung des Mehrheitsprinzips in der Außen- und Sicherheitspolitik und eine stärkere Kooperation, insbesondere im Bereich der Weltraum- und Cyberabwehr, vorsieht. Vor dem Hintergrund zunehmender populistischer Tendenzen in ganz Europa fordert die EUD außerdem, den Konditionalitätsmechanismus für finanzielle Sanktionen stärker zu nutzen und fordert alle pro-europäischen Parteien auf, keine Bündnisse mit populistischen und extremistischen Parteien einzugehen.

Weitere vom Bundeskongress gefasste Beschlüsse se-

hen die Intensivierung des Weimarer Dreiecks sowie die Schaffung von Europagemeinderäten vor.

Insgesamt ging der 65. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland mit intensiven Gesprächen, einem hochkarätigen Rahmenprogramm und der Gewissheit zu Ende, dass die vom Bundeskongress geäußerten politischen Reformforderungen durch die aktuellen und vielfältigen Krisen noch dringlicher werden.



Prominenz beim Bundeskongress: Dr. Andreas Kopton, Markus Ferber MdEP, StM Dr. Florian Herrmann MdL, Ljudmyla Melnyk, Rainer Wieland MdEP, Gaby Bischoff MdEP, Dr. Anton Hofreiter MdB und Thorsten Frank (v.l.n.r.), © EUD

10 Fragen an... Mitglied Isolde Fastner

1. Tätigkeit:
Politische Referentin in der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung

2. In Brüssel seit:
Das erste Mal 2014/2015 und nun das zweite Mal seit 2017

3. Hobbies:
Lesen, Yoga, Radfahren, Laufen, Reisen, Politik

4. Man trifft mich in Brüssel:
Im Parc Duden, am Parvis de Saint-Gilles und im Büro der Europavertretung der deutschen Sozialversicherung

5. Eine meiner Lieblingsaussichtspunkte in Brüssel:
Basilika im Parc Elisabeth

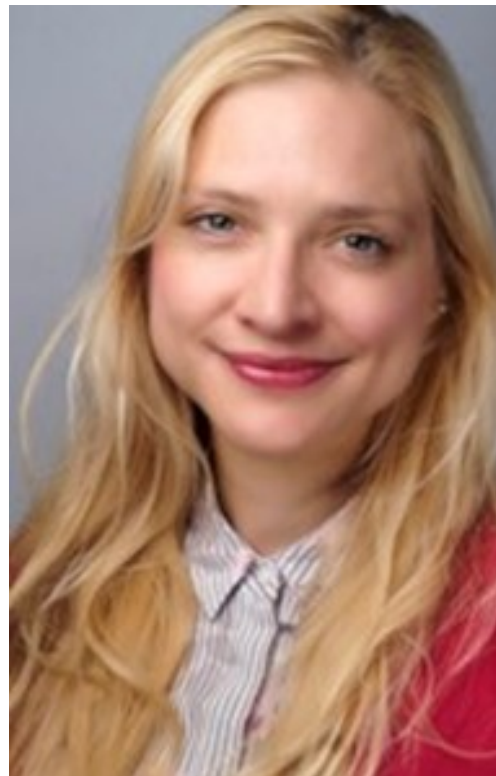
6. Meine Buchempfehlung:
„Holzfällen“ von Thomas Bernhard

7. Lieblingszitat oder Motto:
„Alles ist jeden Tag tagtäglich - eine Wiederholung von Wiederholungen“

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:
Ein Ziel kann man nur gemeinsam erreichen, wenn man aktiv wird. Ein vereintes Europa muss immer wieder neugestaltet werden.

9. Europa bedeutet für mich:
Die einzigartige Freiheit ohne Pass zu reisen, die Möglichkeit zu arbeiten, wo man möchte und auch zu leben, ohne jegliche Erklärungen.

10. Mein Wunsch an Europa:
Es sollte viel mehr Bewusstsein entstehen, dass sich 27 Länder verbündet haben und tagtäglich auf europäischer Ebene nur ein Ziel im Auge haben: die Lebensverbesserung der europäischen Bürgerinnen und Bürgern auf allen Ebenen. Ich bin stolz darauf, ein Teil der EU zu sein.



IMPRESSUM

Europa-Union Deutschland e.V. Verband Brüssel
c/o UEF
Rue d'Arlon 53
B - 1000 Brüssel
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Lars Koenig, Ilka Wölfe